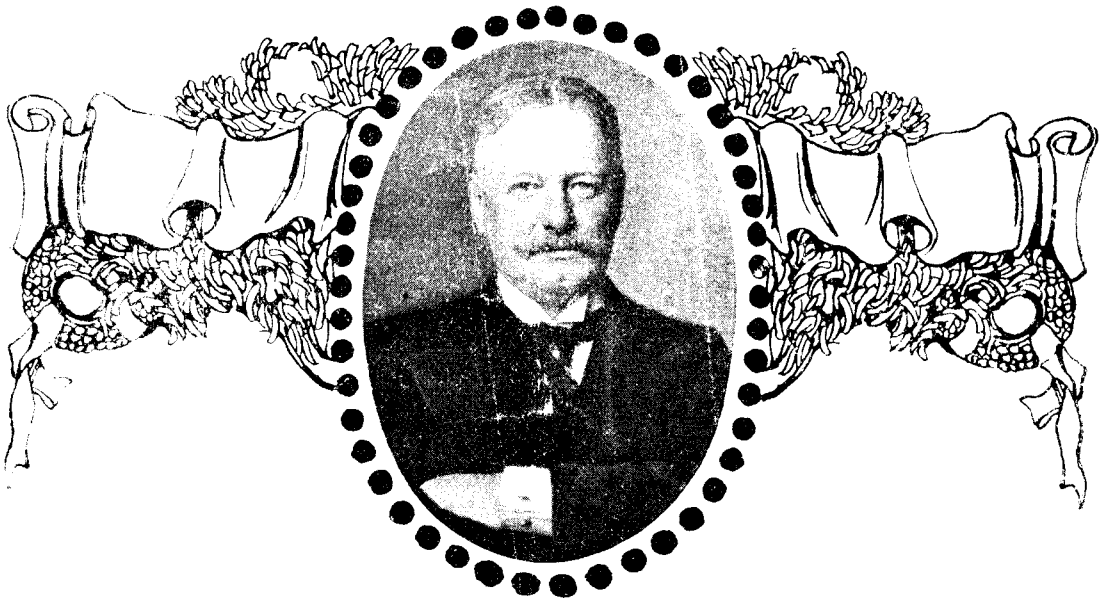


Der Reichskanzler **Fürst Bülow**

hält Abrechnung

mit dem

Centrum

und der

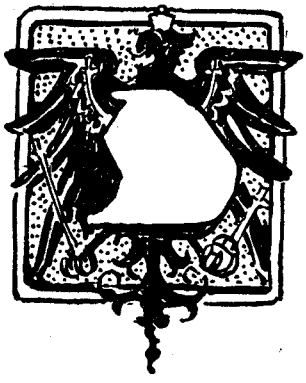
Sozialdemokratie

In der Reichstags-Sitzung vom Montag, den 25. Februar, nahm Fürst Bülow in Erwiderung auf die Rede des Zentrums-

A
K
o
5594

führers Spahn Veranlassung, mit der schwarz-roten Verbrüderung gründlich Abrechnung zu halten.

Fürst Bülow sagte:



er Herr Abgeordnete Spahn hat sich in dem zweiten Teil seiner Ausführungen mit meiner Stellung zur Zentrumspartei beschäftigt. Im Laufe der letzten Jahre ist mir oft von der Linken, hier und da auch von konservativer Seite, übertriebene Hinneigung zur Zentrumspartei vorgeworfen worden. Heute wurde mir aus den Reihen der Zentrumspartei, von dem Führer der Zentrumspartei, vorgeworfen, daß ich gerade diese Partei brüskiert hätte. Ich will mich über mein Verhältnis zur Zentrumspartei ganz offen aussprechen. Ich mache auch heute kein Hehl daraus, daß ich lange und ehrlich bestrebt gewesen bin, die Mitwirkung der Zentrumspartei für große Aufgaben unserer nationalen Politik zu gewinnen. Das war von mir nicht nur taktische Ueberlegung, das war meine Pflicht gegenüber dem Lande. Wie die Parteiverhältnisse im Reichstag lagen, gab es keine andere Möglichkeit, eine fruchtbare innere Politik zu machen. Gewiß,

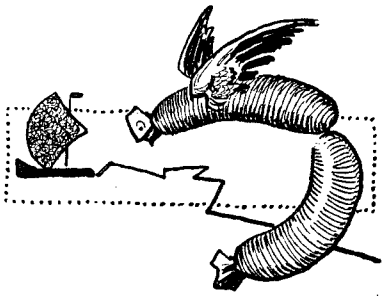
DGB Archiv Exemplar Bundesvorstand
A/K 0-5594

meine Herren, das Zentrum bildete am 13. Dezember auch mit der Sozialdemokratie eine feste Mehrheit; ich hätte aber einmal die Politik sehen mögen, die man auf die Dauer mit dieser Mehrheit gemacht hätte.

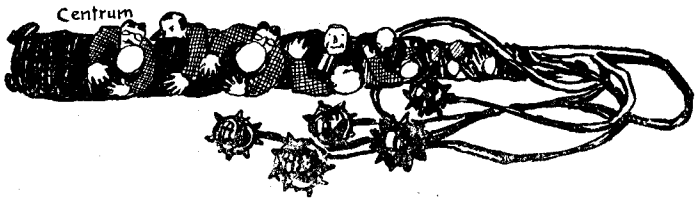
(Sehr gut!)

Auch mit anderen Parteien bildete das Zentrum eine Mehrheit. Mit dieser Mehrheit bestimmte praktische Aufgaben der Gesetzgebung zu lösen, bin ich bestrebt gewesen. So habe ich mit ihr im Reich den

Ausbau der deutschen Flotte ermöglicht und den Zolltarif, die Handelsverträge, die Brüsseler Zuckerkonvention, die Reichsfinanzreform, in Preußen den Kanal, die Bergarbeiternovelle, das Volksschulgesetz zustande gebracht. Das damalige Gerede über Zickzackkurs und Fortwursteln war ebenso töricht wie die Behaup-



tung von meiner Abhängigkeit von der Zentrumspartei. Ohne eine innerlich homogene Mehrheit läßt sich keine programmatische Politik treiben, ohne eine solche lassen sich nur bestimmte Fragen von Fall zu Fall lösen. Das habe ich getan, nicht, wie man mir das hier und da vorgeworfen hat, als finassierender Diplomat, sondern als praktischer Staatsmann. Es war ganz in der Ordnung, daß ich versuchte, solange es ging, mit der Mehrheit zu regieren, die für nationale, d. h. im Interesse des Ganzen liegende Zwecke vorhanden war, und daß ich diese Mehrheit in den Dienst solcher Zwecke gestellt habe. Ich erkenne auch heute durchaus an, daß das Zentrum mitgewirkt hat bei solchen Aufgaben, und daß es geholfen hat, sie in einer Weise zu lösen, die im Interesse des Landes war, bis zu dem Tage, wo das Zentrum sich nicht nur getrennt hat von den anderen bürgerlichen Parteien, mit denen zusammen es so große Aufgaben gelöst hatte, sondern wo es die Regierung gezwungen hat, den Reichstag aufzulösen. Denn mein Zusammengehen mit jeder Partei hat eine bestimmte Grenze. Ich habe auf sie hingewiesen, als ich einmal — ich glaube, es war im Abgeordnetenhause — sagte, daß ich in nationalen Fragen keinen Spaß verstünde. Ich gehe mit jeder Partei, die die großen Bedingungen achtet, ohne welche das deutsche Volk in der Welt nicht atmen und leben und sich behaupten kann. Wird dagegen gesündigt, so hört bei mir die Gemütlichkeit und bei der Regierung das Zusammengehen auf. Der Einfluß, die Macht einer Partei werden zu einer Geißel für die anderen, sie werden



zu einer Plage für das Land, wenn sie mißbraucht werden. Und solcher Mißbrauch liegt nicht einmal im Interesse der Partei, die ihn ausübt; denn da heißt es auch: Druck erzeugt Gegendruck, und früher oder später stellt sich der Rückschlag ein. Das Zentrum hat seine ausschlaggebende Stellung nicht mit demjenigen Maße von Besonnenheit und Selbstbeherschung benutzt, die für eine Partei die Vorbedingung dauernden Einflusses ist.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

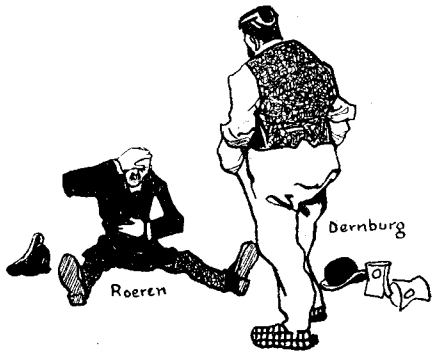
Meine Herren, wie ist es zu dieser Krisis gekommen? Auch darüber hat sich der Herr Abgeordnete Spahn verbreitet. Ich will Ihnen meine Auffassung der Dinge vortragen, die von derjenigen des Herrn Führers der Zentrumspartei allerdings in wesentlichen Momenten abweicht. Als ich — es war ja wohl noch im November — diesem hohen Hause den neuen Herrn Kolonialdirektor vorstellte, habe ich die in der Kolonialverwaltung begangenen

Fehler und Irrtümer offen eingeräumt. Ich habe nichts vertuscht. Ich habe gesagt, daß die zur Sprache gebrachten und wirklich vorgefallenen Mißstände streng untersucht und unnachsichtlich geahndet werden sollten. Ich habe der bestimmten Absicht Ausdruck gegeben, Wandel und Besserung zu schaffen. Ich habe aber auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich auf die Mitwirkung dieses hohen Hauses rechnete, damit auf eine vorübergehend vielleicht notwendige, aber sehr unerquickliche und auf die Dauer dem Kredit des Landes schädliche Periode eines ununterbrochenen Waschens schmutziger Wäsche endlich eine Zeit ruhiger und positiver Arbeit in unserer Kolonialverwaltung folgen könne.

(Sehr gut!)

Ich hatte damals den Eindruck, daß dieser mein Appell einer verständnisvollen Aufnahme begegnete. Da kam der Zusammenstoß zwischen dem Kolonialdirektor und dem Herrn Abgeordneten Roeren. Daß es zu diesem Zusammenstoß kam, mußte mich deshalb in hohem Grade überraschen, weil auf meine

Veranlassung und in meinem Beisein der Herr Kolonialdirektor zwei hervorragenden Führern der Zentrumspartei den ganzen status



causae, die begründeten Beschwerden und die berechtigten Erwartungen der Kolonialverwaltung vorgetragen hatte.

(Hört! hört! links.)

Ich war überzeugt, daß nach dieser loyalen Aussprache die Zentrumspartei die Fortführung einer sachlichen und vernünftigen Kolonialpolitik nicht weiter stören würde. Diese meine Erwartung hat sich nicht erfüllt. Der Herr Abgeordnete Roeren ging gegen den Herrn Kolonialdirektor in einer in der Sache nicht begründeten, in der Form maßlosen Weise vor.

(Lebhafte Zustimmung links und rechts.)

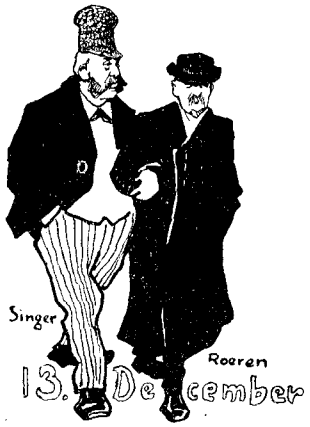
Am Tage nach diesem Zusammenstoß bin ich hier erschienen und habe in ernsten und klaren Worten keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich hinter dem Kolonialdirektor stünde, der nach meiner Weisung hier gehandelt hatte. Ich habe es bis zuletzt für ausgeschlossen gehalten, daß mich die Zentrumspartei für diese meine selbstverständliche und pflichtgemäße Haltung durch die Ablehnung einer Forderung würde strafen wollen, bei der es sich nicht nur um einen wichtigen Akt unserer bisherigen Kolonialpolitik, sondern darüber hinaus um eine große Prinzipienfrage handelte.

(Sehr richtig! links.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat soeben das von mir gesprochene Wort von der wünschenswerten Paarung von konservativem und liberalem Geiste beanstandet. Nun, meine Herren, ich bin auch heute der Ansicht, daß die fruchtbarsten Epochen in unserer Entwicklung zurückzuführen sind auf die richtige Mischung von konservativem und liberalem Geiste.

(Bravo! Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, eine Paarung, die ich allerdings bis zum letzten



Augenblick für unmöglich gehalten habe, das war die Paarung Roeren-Singer, die mir am 13. Dezember entgegentrat.

(Sehr gut!)

Es ist nicht möglich, eindringlicher zu warnen, als ich das in der Sitzung vom 13. Dezember getan habe. Wer daraufhin nicht den Ernst der Situation einsah und die Unmöglichkeit für die verbündeten Regierungen, unter das vor ihnen aufgepflanzte kaudinische Joch zu gehen, dem war nicht zu helfen.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Wenn die Herren von der Zentrumspartei die Verständigung gewollt hätten, wenn sie unter Wahrung des beiderseitigen prinzipiellen und Ehrenstandpunktes die Auflösung des Reichstages hätten vermeiden wollen, so brauchten sie nur für den Antrag Ablaß zu stimmen

(sehr richtig! links),

der das Budgetrecht des Reichstages vollständig wahrte, und der dem Wunsch nach Sparsamkeit jede Rechnung trug. Das haben sie nicht getan, weil sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie die Regierung ducken wollten. Das hat sich die Regierung nicht gefallen lassen, und das wird sich, so Gott will, die Regierung niemals gefallen lassen.

(Stürmisches Bravo rechts und links. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat auch gemeint, durch das Vorgehen der Regierung wäre die Ehre der Zentrumspartei verletzt worden. Wodurch soll ich denn die Ehre der Zentrumspartei verletzt haben? Etwa dadurch, daß ich ohne ihre Erlaubnis den Reichstag aufgelöst habe?

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, das wäre ja nicht mehr ausschlaggebende Stellung, das wäre auch nicht der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht

(sehr richtig!),

den der Herr Abgeordnete Spahn soeben zitiert hat, das wäre nicht einmal mehr Trumpf, sondern das wäre Parteityrannei, — und die läßt sich niemand gefallen.

(Sehr gut!)

Nicht die Ehre der Zentrumspartei ist verletzt worden, sondern der Beschluß, den die Zentrumspartei gemeinsam mit der Sozialdemokratie uns aufzwingen wollte, war ein Vorstoß gegen die Autorität der Regierung und gegen große Regierungsgrundsätze, deren Aufrechterhaltung nach meiner Ueberzeugung im Interesse des Landes, seines Friedens und seiner ruhigen Fortentwicklung liegt.

(Sehr gut!)

Meine Herren, ich muß mich jetzt zu zwei Behauptungen wenden, die eine große Rolle im Wahlkampf gespielt haben. In Artikeln der sozialdemokratischen wie der Zentrumspresse und auch in Wahlaufrufen ist die Sache so dargestellt worden, als wenn es sich darum handelte, verfassungsmäßige Einrichtungen und Freiheiten gegen das persönliche Regiment zu verteidigen. Meine Herren, das war eine Irreführung der Wähler, das war ein falsches Signal, ausgesteckt, um die Wähler irre zu führen, wie das in seinem bekannten Artikel ein Sohn des ersten Vorsitzenden der Zentrumsfraktion ausgesprochen hat. Es ist ja die Unsitte eingerissen, das persönliche Regiment als eine Art von Popanz hinzustellen, um die politischen Kinder zu schrecken, deren Zahl allerdings sehr groß ist.

(Große Heiterkeit.)

Wo ist denn in der letzten Zeit das persönliche Regiment in die Erscheinung getreten? Weder in der braunschweigischen Frage, noch bei irgend einem anderen Anlaß, noch insbesondere bei der Auflösung des Reichstags. Die Auflösung des Reichstags war die durchaus konstitutionelle Ausübung eines in der Verfassung festgelegten Rechts und in keiner Weise ein Vorstoß gegen die Stellung des Reichstags.

(Sehr richtig!)

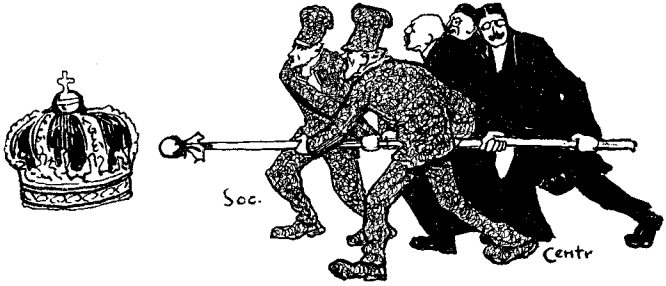
Von einer Bedrohung der Reichsverfassung durch das persönliche Regiment ist überhaupt nie die Rede gewesen; eine solche liegt ganz außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlichkeit und selbst der Möglichkeit. Wohl aber sind unsere verfassungsmäßigen Einrichtungen, die von den verbündeten Regierungen gewissenhaft beobachtet und treu gewahrt werden, bedroht durch diese Partei, die da auf den Bänken der äußersten Linken sitzt, und die ihre letzten Ziele ja gar nicht anders erreichen kann als durch einen Verfassungsbruch; und an die Seite dieser Partei hatte sich die Zentrumspartei gestellt. Alle Behauptungen über Eingriffe oder Uebergriffe der Krone bei der Auflösung des Reichstags oder während der Wahlbewegung sind ohne Ausnahme müßige und frivole Erfindungen. Die Krone hat lediglich ihre Zustimmung gegeben zu einem Beschluß der verbündeten Regierungen; das war ihr gutes Recht. Es handelte sich auch gar nicht darum, wer im letzten Ende zu entscheiden hat: der Kaiser oder der Reichstag. Das ist eine törichte Antithese. Der Reichstag hat das Recht, Vorlagen der verbündeten Regierungen abzulehnen; die verbündeten Regierungen haben das Recht, wenn sie dies im Interesse des Landes für notwendig halten, mit Zustimmung des Kaisers den Reichstag aufzulösen. Ich erkläre es ein für allemal für eine dreiste Unwahrheit, wenn man der Regierung, wenn man mir verfassungswidrige Handlungen oder Absichten oder Gesinnungen imputiert. Ich habe das Wahlgeheimnis durch ein besonderes Gesetz geschützt

(Zuruf links),

ich habe Diäten eingeführt, ich habe wiederholt erklärt und erklären lassen, daß ich unverrückt auf dem Boden der Verfassung stünde. Ich habe das Budgetrecht des Reichstags nicht verletzt, sondern gewahrt, nicht bedroht, sondern gehütet. Ich verbitte mir solche wahrheitswidrigen Insinuationen. Es handelte sich bei diesem Wahlkampfe nicht um Absolutismus, Despotismus, Militarismus, Feudalismus, und wie die ismen alle lauten

(Heiterkeit),

sondern es handelte sich darum, daß das Zentrum, auf die Sozialdemokratie gestützt, die verbündeten Regierungen



in die Enge treiben wollte. Art. 5 oder 4 der Reichsverfassung — ich erinnere mich im Augenblick nicht genau, Art. 5, glaube ich — lautet:

> Die Reichsgesetzgebung wird ausgeübt durch den Bundesrat und den Reichstag.

Darin liegt schon, daß keine Seite allein zu entscheiden hat. Die verbündeten Regierungen erkennen die Gleichberechtigung des Reichstags vollkommen an, nicht aber die Alleinberechtigung. Es wäre Alleinherrschaft, wenn eine Partei der Regierung Entschlüsse aufzwingen wollte, für welche diese nicht die Verantwortung übernehmen kann.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Spahn auch davon gesprochen, daß durch den Wahlkampf die religiösen Leidenschaften aufgewühlt worden wären. Darauf erwidere ich, daß leider zu den gröbsten Wahrheitsentstellungen, die im Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, die Behauptung gehört, die katholische Religion sei in Gefahr, es würde ein neuer Kulturkampf vorbereitet. Wenn es eine Regierung gibt, welche den Vorwurf religionsfeindlicher und namentlich antikatholischer Politik und Gesinnung nicht zu scheuen braucht, so ist es die Regierung, an deren Spitze ich stehe.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

So etwas zu verbreiten, wie das im Wahlkampfe geschehen ist, war nicht nur direkt wahrheitswidrig, es war auch eine unpatriotische Handlung.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat soeben gemeint, es wäre durch diesen Wahlkampf die Kluft zwischen den beiden Konfessionen erweitert worden. Wenn dies wirklich der Fall wäre, so würde mich das mit dem tiefsten Bedauern erfüllen. Es würde das aber in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß ohne jede Not, ohne jeden zwingenden Anlaß die Parole von der Gefahr eines neuen Kulturkampfes in die Massen hineingeworfen worden ist.

(Sehr richtig! links und rechts.)

Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt voller Gerechtigkeit gegenüber beiden Konfessionen, voller Parität, wahrer Toleranz. Diesen Standpunkt werde ich niemals verlassen. Aber wenn von der Zentrumspartei die Zentrumsfraktion identifiziert wird mit der katholischen Religion, das ist freilich ein Standpunkt, den ich nicht adoptiere, das ist eine Haltung, die ich nicht mitmachen kann.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der Kampf kehrt sich auch nicht gegen das Zentrum als konfessionelle Partei, sondern gegen den Mißbrauch, den das Zentrum, gelehnt auf die Sozialdemokratie, mit seiner ausschlaggebenden Stellung getrieben hat. Die Abstimmung vom 13. Dezember hatte leider bewiesen, daß auch eine für die katholische Kirche und für unsere katholischen Mitbürger gerechte und wohlwollende Regierung nicht vor Feindschaft und Angriffen der Zentrumspartei sicher ist; aber das sollte doch wenigstens die Haltung der Regierung bewirkt haben, daß uns nicht in vollständigem Widerspruch mit dem wirklichen Sachverhalt Gesinnungen und Absichten beigelegt werden, die niemals bestanden haben.

Meine Herren, ich komme jetzt auf einen Punkt, über den begreiflicherweise — das muß ich zugeben — der Herr Abgeordnete Dr. Spahn rasch weggegangen ist, über den uns aber der Herr Abgeordnete Bassermann mancherlei Interessantes gesagt hat:

ich meine das Verhältnis, das in diesem Wahlkampf obgewaltet hat zwischen der Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Partei. Meine Herren, ein Mitglied der Zentrumspartei hat mir im Abgeordnetenhause den Vorwurf gemacht, daß ich die Zentrumspartei in denselben Topf geworfen hätte mit der sozialdemokratischen Partei. Das ist mir gar nicht eingefallen. Aber zu meinem lebhaften Er-

staunen und zu meinem tiefen Bedauern fand ich plötzlich das Zentrum in dem Topf der sozialdemokratischen Partei.

(Große Heiterkeit.)

Wie das zustande gekommen ist, wer sich zuerst zum anderen hingezogen gefühlt hat, das weiß ich nicht; ich weiß nur, daß ich mich unvermutet einer Koalition zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gegenüber befand, zu der ich Stellung nehmen mußte. Um so ungerechter ist der Vorwurf, daß ich durch meine Haltung gegenüber der Zentrumspartei eine Einigung aller bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hätte. Wenn es zu einer solchen Einigung, auf die ich lange hingearbeitet habe, die noch heute das Ideal vieler guten Patrioten ist, — wenn es zu einer solchen einheitlichen Front noch nicht gekommen ist, so lag die Schuld in erster Linie an der Zentrumspartei. Nicht nur weil sie es zum Bruch mit der Regierung getrieben hatte, sondern weil sie auch demonstrativ an der Seite der Sozialdemokratie Platz nahm. Wenn es eine Partei gibt, die nach ihrer Basis, nach ihrem ganzen Programm, nach ihren Grundsätzen, nach ihren Zielen nicht mit der Sozialdemokratie zusammengehen sollte, so ist es die Zentrumspartei.

(Sehr gut! links.)

Das Zusammengehen der Zentrumspartei mit der Sozialdemokratie war nicht nur ein politischer Fehler, ein grober politischer Fehler, es war auch ein moralisches Unrecht.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Es war ein moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die alles in den Staub zieht, was Christen heilig ist. Soll ich Ihnen alle Blasphemien der Führer der Sozialdemokratie vorlesen? Die sind hier zusammengestellt in einem Buche, das von einem Katholiken verfaßt ist. Es war ein Unrecht, ein schweres moralisches Unrecht, zusammenzugehen mit einer Partei, die hier in diesem hohen Hause für die Pariser Kommune eingetreten ist

(Lachen bei den Sozialdemokraten),

für die Pariser Kommune, die den Erzbischof Darboy füsiliert hat — daran erinnere ich Sie, Herr Bebel, gegenüber der Heiterkeit, die sich Ihrer plötzlich bemächtigt; die Sache war nicht heiter —, die den Erzbischof Darboy erschießen ließ, die die unschuldigen Dominikaner

von Auteuil abgeschlachtet hat! Für die Apologeten und Gesinnungsgenossen der Pariser Kommune haben Zentrumsabgeordnete die Stichwahlparole ausgegeben. Dieser Partei sind vom Zentrum ungefähr 12 Wahlkreise zugeschanzt worden. Dieser Partei haben Zentrumswähler den Steigbügel gehalten. Ohne die Unterstützung von Zentrumsseite würde die Sozialdemokratie, die Partei der Christentumsfeindlichkeit — so nannte sie noch kürzlich ein großes katholisches, ein Zentrumsblatt — auf zwei bis drei Dutzend Wahlmandate zurückgeworfen sein.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Die Zentrumspresse mag das jetzt dialektisch verkleben und verkleistern, wie sie will, das Unrecht bleibt bestehen. Man sündigt nicht ungestraft gegen große ethische Gesichtspunkte. Wie soll übrigens eine Einigung unter den bürgerlichen Parteien möglich sein, wenn die stärkste bürgerliche Partei, sobald ihr etwas nicht paßt, oder wenn sie gegen die Regierung und die anderen bürgerlichen Parteien auftrumpfen will, gelehnt auf die Sozialdemokratie, der Regierung und den anderen bürgerlichen Parteien Schach bietet?

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn das sogar in nationalen, in Wehrfragen geschieht, dann ist freilich keine einheitliche Front gegenüber der Sozialdemokratie möglich.

Wenn man mir das Verhalten der Liberalen in Köln entgegenhält, so erwidere ich darauf, daß zunächst eine große Anzahl Kölner Liberaler, der Herr Oberbürgermeister Becker an der Spitze, für den Zentrumsabgeordneten eingetreten sind. Das hat, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, auch der Herr Abgeordnete Trimborn nach seiner Wahl anerkannt.

(Zustimmung des Abgeordneten Trimborn.)

— Ich konstatiere mit Vergnügen, daß der Herr Abgeordnete Trimborn mir zustimmt. — Sofern aber Liberale in Köln eine andere Haltung eingenommen haben, mißbillige ich ihr Verhalten.

(Bravo! rechts.)

Ich habe vor und bei der Wahl nicht den mindesten Zweifel darüber gelassen, daß ich jede direkte oder indirekte Unterstützung, die hier und da Liberale der Sozialdemokratie gewährt haben, durchaus und im höchsten Grade mißbillige.

(Bravo! rechts. Unruhe und Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Solange die Sozialdemokratie auf ihrem gegenwärtigen, von dem Herrn Abgeordneten Bebel in Dresden so prägnant formulierten Standpunkte der Todfeindschaft gegen den nationalen Staat und die bürgerliche Gesellschaft verharrt, so lange sollten Wahlbündnisse nur zwischen den bürgerlichen Parteien möglich sein. Die bürgerlichen Parteien sollten auch zu stolz sein, sie sollten zu viel Würde und Selbstachtung haben, um im Wahlkampfe mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, die alle bürgerlichen Parteien mit dem gleichen Haß verfolgt, die sie alle mit derselben verächtlichen Geringschätzung behandelt.

(Lebhaftes Bravo rechts und links.)

Das Zentrum aber, das christliche Grundsätze vertritt, das soeben noch durch den Mund seines Führers uns gesagt hat, daß unsere ganze Kultur auf dem Christentum ruht, sollte in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangehen; gerade ihm sollte jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unmöglich sein. Und es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus denjenigen Katholiken, vor allem aber den Bischöfen, meinen Dank auszusprechen, die im Wahlkampf furchtlos und treu ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben.

(Bravo! rechts.)

Die Zukunft wird zeigen, wie sehr sie nicht nur im Interesse des Vaterlandes, sondern auch ihrer Kirche gehandelt haben, als sie nicht kleinlicher Fraktionsarithmetik, gehässigen Rankünen und egoistischen Herrschaftsgelüsten, sondern dem Leitstern ewiger Wahrheit gefolgt sind.

(Lebhaftes Bravo.)

Der Herr Abgeordnete Spahn hat sich auch beschäftigt mit der Haltung der Regierung und mit meiner Haltung gegenüber den Wahlen. Er hat von Wahlbeeinflussungen gesprochen. Ich nehme für die Regierung und ich nehme für mich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzuklären über die Absichten der Regierung und über die Absichten der Gegner der Regierung.

(Lebhaftes mehrseitiges Sehr richtig!)

Von diesem Rechte werde ich bei künftigen Wahlen sogar noch in viel weiterem Umfange Gebrauch machen.

(Stürmisches Bravo! Händeklatschen.)

Da werde ich Ihnen, meine Herren von der äußersten Linken, noch ein ganz anderes Lied vorblasen.

(Bravo! und Sehr gut! rechts und links.)

Das wäre noch besser, wenn gegen die Regierung mit den unerhörtesten Beschimpfungen und Wahrheitsverdrehungen vorgegangen wird, der Regierung aber verbindet man das Maul, die soll nicht einmal antworten dürfen. Nein, meine Herren, wenn wir angegriffen werden, so antworten wir.

(Bravo!)

Wenn man auf uns schießt, so schießen wir wieder. Das geschieht in anderen Ländern auch so. Gerade in den konstitutionell-parlamentarisch regierten Ländern nehmen die Minister noch einen viel aktiveren Anteil an dem Wahlkampfe, als das, wenigstens bisher, bei uns der Fall gewesen ist.

Nun hat der Abgeordnete Spahn sich auch mit dem Flottenverein beschäftigt. Er hat dem Flottenverein eine ungehörige politische Tätigkeit, er hat der Regierung eine unzulässige Verbindung mit dem Flottenverein vorgeworfen. Die Regierung steht dem Flottenverein geradeso unabhängig gegenüber wie anderen Vereinen, Korporationen und Parteien. Was insbesondere die Verstärkung unserer Flotte und das Tempo ihrer Verstärkung angeht, so können hierfür selbstverständlich nur die Erwägungen maßgebend sein, die im Interesse des Landes, seiner Sicherheit und seines Friedens die

verbündeten Regierungen im Rahmen einer verständigen inneren und auswärtigen Politik für richtig und angemessen halten.

Was aber die Briefe angeht, die dem Herrn Generalmajor Keim gestohlen worden sind

(sehr gut! und Heiterkeit),

was diese dem Flottenverein offenbar in schimpflicher Weise gestohlenen Briefe angeht, so habe ich darüber das Nachstehende zu sagen. Der Flottenverein bezweckt die Mitwirkung an einer nationalen Aufgabe, indem er in weiten Kreisen für unsere überseeischen Zwecke Verständnis erweckt und für die Notwendigkeit, unsere Küsten zu schützen. Deshalb finde ich es auch durchaus begreiflich, daß sich Mitglieder des Flottenvereins an diesem Wahlkampf beteiligt haben, der sich drehte um eine nationale Frage und um überseeische Angelegenheiten. Inwieweit der Flottenverein als solcher in Aktion treten und welchen Spielraum er seinen Mitgliedern für ihre politische Betätigung lassen will, das zu beurteilen, ist lediglich seine Sache. Ich bin nicht der Flottenverein, das können Sie schon aus der Kritik ersehen, die der Flottenverein an mir geübt hat.

(Heiterkeit.)

Wenn aber ein hervorragendes Mitglied des Flottenvereins zu mir kommt und mir erklärt, daß er sich in den Dienst der nationalen Sache stellen und bei den Wahlen für den Standpunkt der Regierung wirken wolle, so nehme ich eine solche Unterstützung dankbar an. Es wäre einfach lächerlich und kommt — ich wiederhole es noch einmal — nirgends vor, daß ein leitender Staatsmann, der die Auflösung eines Parlamentes für notwendig gehalten hat, daß der, wenn die Entscheidung herannaht, in die Rolle einer Pagode verfällt.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts.)

Die Regierung ist durchaus berechtigt, gegen sie erhobene Angriffe zu widerlegen und hierfür auch amtliches Material zur Verfügung zu stellen, ihren Rat, wenn er erbeten wird, nicht zu verweigern.

Nach der Auflösung des Reichstags sind manche Herren aus Ihrer Mitte bei mir gewesen und haben mit mir Gedanken über den Wahlkampf ausgetauscht. Ich glaube nicht, daß einer dieser Herren den Eindruck mitgenommen haben wird, als ob ich unberechtigte Wahlbeeinflussung betriebe. Ob der General Keim in jedem einzelnen Fall immer das Richtige getroffen hat, kann ich nicht entscheiden; aber gegenüber den Verlegenheiten, die man jetzt dem Generalmajor Keim mit Hilfe gestohlener Briefe zu bereiten sucht, will ich laut und dankbar anerkennen, daß sich der Generalmajor Keim mit seiner Person in selbstloser, aufopfernder, rastloser Weise in den Dienst einer guten Sache gestellt hat.

(Bravo! rechts.)

Ich billige selbstverständlich nicht persönliche Angriffe gegen die Personen der Gegner; aber auch in dieser Richtung muß man die Hitze des Wahlkampfes in Betracht ziehen. Ich kann das sagen, meine Herren, der ich während der zehn Jahre, wo ich auf dieser Bank sitze, meines Wissens nie einen politischen Gegner in persönlicher Weise angegriffen habe, der ich den politischen Kampf niemals auf das per-

sönliche Gebiet übertragen habe, weil ich das kleinlich finde. Aber anderswo wird das nicht immer so gehandhabt.

(Sehr richtig! rechts.)

Mit der Art und Weise, wie die Sozialdemokratie diesen Wahlkampf geführt hat, werde ich mich wohl noch zu beschäftigen haben; aber auch von der Zentrumspartei ist in Wahlaufrufen, in Wahlartikeln, in Wahlbroschüren und in Wahlflugschriften viel gesündigt worden.

Ich habe hier eine ganze Blütenlese solcher Aeußerungen vor mir. Da wimmelt es nur so von Injurien und — mehr als kühnen Behauptungen. Also, meine Herren, lesen Sie, bitte, die schöne Parabel vom Splitter und vom Balken. Denken Sie lange darüber nach, denken Sie an den Balken im eigenen Auge, und messen Sie Freund und Gegner mit dem gleichen Maße!

(Bravo!)

Meine Herren, von zwei Seiten ist heute die Frage aufgeworfen worden: wer hat bei diesen Wahlen gesiegt? Nicht die Parteien, meine Herren, die auch in diesem Wahlkampf manche Beweise von Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit gegeben haben. Auch nicht die Herren Parteiführer, die zum Teil vor der Auflösung daran zu zweifeln schienen, ob der Reichskanzler den Mut haben würde,

den ihm hingeworfenen Handschuh aufzunehmen, und die nach der Reichstagsauflösung dieselbe für ein sehr gewagtes Unternehmen, für einen Husarenstreich — ich trage ja seit 37 Jahren Husarenuniform — zu halten schienen. Auch nicht die hauptstädtische Presse, die mit einigen rühmlichen Ausnahmen — ich nenne in erster Linie die „Deutsche Tageszeitung" — viel gesündigt hat durch doktrinäre Einseitigkeit und Rechthaberei. In einem großen Blatte, das freilich kein Berliner Blatt war, las ich nach der Auflösung einen

schönen Artikel; im Eingang hieß es, endlich hätte ich mich entschlossen, den Reichstag aufzulösen, und am Schlusse, ich hätte den Parteien und dem Volke doch noch zwei Jahre Zeit lassen sollen, um sich auf den Wahlkampf vorzubereiten.

(Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, wer in diesem Wahlkampf gesiegt hat, das ist das deutsche Volk! Im Vertrauen auf das deutsche Volk, auf den gesunden, den nationalen Sinn des deutschen Volkes haben die verbündeten Regierungen sich zur Auflösung entschlossen. Ich stelle vor dem Inland und namentlich vor dem Ausland fest, daß sich alle diejenigen täuschen, welche wegen gewisser deutscher Fehler, aus unserem Parteihader, aus unserer Neigung zu Pessimismus, zu übertriebener Kritik, daran zweifeln, daß wir in großen Momenten, wo es um Ansehen, Ehre und Stellung des Landes geht, über eine große, über eine gewaltige Mehrheit im deutschen Volke verfügen.

(Lebhaftes Bravo!)

Nun, meine Herren, liegt es in unserer parlamentarischen Geschichte, es liegt in unseren so eigentümlichen Parteiverhältnissen, es liegt in unserer ganzen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Struktur, daß Wahlen auf der Basis unseres Wahlrechts kaum eine homogene Mehrheit ergeben können. Die Mehrheit, die von Herrn von Normann zu Herrn Kaempf und Herrn Schrader reicht, geht in ihren Anschauungen über viele wichtigen Punkte weit auseinander.

(Sehr richtig!)

— Ja, meine Herren vom Zentrum, Sie sagen: sehr richtig!

(Widerspruch in der Mitte. Zuruf: Es war links!)

Sie hätten es auch sagen können. Gerade in Ihrer Presse, in der Zentrumspresse, habe ich das fortgesetzt gelesen. Bilden Sie, meine Herren vom Zentrum — ich führe meinen Gedanken weiter aus —, denn so eine homogene Partei?

(Sehr gut!)

Stoßen Sie nicht schon im Rahmen Ihrer Fraktion auf Gegensätze, wie sie etwa zwischen Herrn von Heydebrand und Herrn Fischbeck oder Herrn Payer bestehen?

(Heiterkeit.)

Sie bilden auch keine homogene Masse und würden wahrscheinlich alle Plätze dieses hohen Hauses von rechts bis links füllen, wenn das konfessionelle Band fortfiele, das Sie zusammenhält.

(Sehr gut!)

Also denken Sie an Ihre eigene Verschiedenheit; denken wir an die Verschiedenheiten in der Zentrumsfraktion, und wundern wir uns nicht darüber, daß auch die Mehrheit, die sich aus den Wahlen herausgestellt hat, in ihren Ansichten über manche Punkte auseinandergeht.

Diese Mehrheit hat sich gefunden in einem Punkte, der für die verbündeten Regierungen weitaus der wichtigste ist, nämlich in dem nationalen Gedanken. Von diesem Punkte ausgehend und ihn als unverrückbare Basis betrachtend, muß die Mehrheit jetzt vor allem zeigen, daß sie positive Arbeit zu leisten vermag. Darauf kommt alles an. Dadurch wird sie ihren Sieg bei den Wahlen rechtfertigen,

dadurch sich dauernd den Einfluß sichern, dadurch immermehr sich das Vertrauen des Volkes erwerben. Und wenn die Mehrheit positive Arbeit leistet, dann wird auch jeder leitende Staatsmann mit der Verschiedenartigkeit ihrer Zusammensetzung rechnen müssen. Ich, meine Herren, werde ihr Rechnung tragen.

(Bravo!)

Meine Herren, ich habe hier mal gesagt, daß ich keine Vorurteile hätte. Das soll nicht bedeuten, daß ich heute konservativ und morgen liberal regieren könnte, heute die nach pflichtmäßiger Ueberzeugung von mir vertretene Wirtschaftspolitik führen, morgen mich dem Freihandel zuwenden könnte. Nein, meine Herren, in dem Schutz aller nationalen Arbeit, in der gleichmäßigen Berücksichtigung der Interessen aller Erwerbszweige, in dem Schutze, dem vollen Schutze für die Landwirtschaft

(bravo! rechts),

in der Förderung der Industrie, in der Fürsorge für die Arbeiter werde ich mir treu bleiben. Diese Politik betrachte ich als mein eigenstes Werk, das ich nicht zerstören werde.

(Bravo! rechts.)

Dazu habe ich umsoweniger Veranlassung, als sich diese Politik durchaus bewährt hat, wirtschaftlich und auch politisch bei den Wahlen.

(Bravo! und Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das schließt aber nicht aus, meine Herren, daß ich denjenigen Wünschen entgegenkomme, die auf anderen Gebieten von der bürgerlichen Linken gehegt werden. Der Herr Abgeordnete Bassermann hat ja soeben eine Reihe solcher Wünsche geäußert, über die sich reden läßt. Ich denke da an eine Reform unseres Vereins- und Versammlungsrechts.

(Lebhafter Beifall.)

Ich denke an Ersparnisse durch Vereinfachung, auch in der Armee; ich denke an die Reform des Strafrechts und der Strafprozeßordnung, an die Aufbesserung der Beamten in ihren Bezügen.

(Lebhafter Beifall.)

Durch die hochherzige Initiative unseres Kaisers soll, wie Sie aus der Thronrede ersehen haben, durch die Beschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse einem in weiten Kreisen herrschenden Wunsche entsprochen werden.

Im Interesse des Staatskredits und unseres ganzen Wirtschaftslebens werden, wie ich hoffe, Rechte und Linke dahin wirken, daß unser Kapitalsmarkt gekräftigt wird, und daß unsere Börse in den Stand gesetzt wird, ihrer Aufgabe als wichtiges nationales Wirtschaftsinstrument gegenüber den Börsen des Auslandes besser als bisher gerecht zu werden.

(Bravo!)

Die Praxis hat zweifellos ergeben, daß durch einzelne Bestimmungen der gegenwärtigen Gesetzgebung die deutschen Börsen in ihrem Wettbewerb mit den ausländischen Börsen in eine nachteilige Stellung gedrängt sind, die dem Gesamtinteresse des Landes nicht entspricht.

(Sehr richtig! links.)

Wir werden uns, meine Herren, auch, wie ich hoffe, einig finden in der Fortführung einer gesunden, kräftigen, vorurteilslosen, vernünftigen Sozialpolitik.

(Lebhafter Beifall.)

Auf diesem Gebiete wird nicht Rückschritt und nicht Stillstand, sondern Fortschritt unsere Losung sein.

(Wiederholter lebhafter Beifall.)

Die Sozialpolitik soll aber nicht Halt machen, wenn für den Arbeiter gesorgt ist, sie soll nach meiner Ueberzeugung auch in verständigen Grenzen dem Mittelstande zu gut kommen

(lebhaftes Bravo),

der vielfach mindestens ebenso schwer zu kämpfen und zu leiden hat wie die eigentlich arbeitende Bevölkerung.

(Lebhaftes Sehr richtig!)

Meine Herren, ich beschränke mich heute auf diese kurzen Andeutungen, die Ihnen nur zeigen sollen, daß nach meiner festen Ueberzeugung es sehr wohl möglich ist, eine fruchtbare zielbewußte Politik mit derjenigen Mehrheit zu treiben, die uns das deutsche Volk durch die Wahlen gegeben hat.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

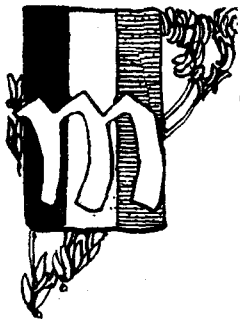
Diese Politik wird umso fruchtbarer sein, je mehr sie getragen wird von Vertrauen unter den Mehrheitsparteien und zwischen den Mehrheitsparteien und den verbündeten Regierungen.

(Wiederholter Beifall.)

Möge dieses Vertrauen sich immer mehr befestigen und wachsen zum Wohle des deutschen Volkes und zum Besten der ihm gestellten großen Aufgaben.

(Stürmisches, anhaltendes Bravorufen und Beifallklatschen.)

In der Reichstags-Sitzung vom Dienstag, den 26. Februar führte Fürst Bülow anknüpfend an eine Rede Bebels folgendes aus:



eine Herren, mit bezug auf eine konkrete Anfrage, die der Herr Abgeordnete Bebel im Laufe seiner Ausführungen über angebliche Wahlbeeinflussungen der Regierung während des Wahlkampfes an mich gerichtet hat, will ich vor diesem hohen Hause und vor dem Lande auf das entschiedenste und unzweideutigste erklären und feststellen, daß während der Wahlbewegung aus amtlichen Fonds für Wahlzwecke nicht ein roter Heller ausgegeben worden ist.

(Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Im übrigen, meine Herren, weiß jedes Mitglied dieses hohen Hauses, daß ebenso wie zum Kriegführen auch zu einer Wahlkampagne Geld gehört. Ich habe mich deshalb für die Bildung eines Komitees interessiert, welches für die Minderheitsparteien am 13. Dezember Geld gesammelt hat.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Das zu tun, meine Herren, ist mein gutes Recht, und von diesem meinem guten Recht habe ich Gebrauch gemacht. Die gesammelten Gelder sind nicht durch mich, sondern durch Vertrauensmänner der Parteien verteilt worden. Dem Wunsche einzelner Geldgeber gemäß haben auch in einzelnen Fällen Anregungen, die mir zugegangen sind und von mir an die Verteilungsstellen übermittelt waren, Berücksichtigung gefunden.

Im übrigen gehe ich auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel über Wahlbeeinflussungen heute nicht weiter ein, da ich sie gestern schon im voraus widerlegt zu haben glaube.

(Heiterkeit.)

Ich will diesen Teil der Ausführungen des Hern Vorredners aber dankbar quittieren als einen Beweis dafür, daß die Regierung bei diesen Wahlen nicht geschlafen hat, sondern daß sie auf dem Posten war und ihre Schuldigkeit tat.

(Sehr richtig! und Bravo! rechts.)

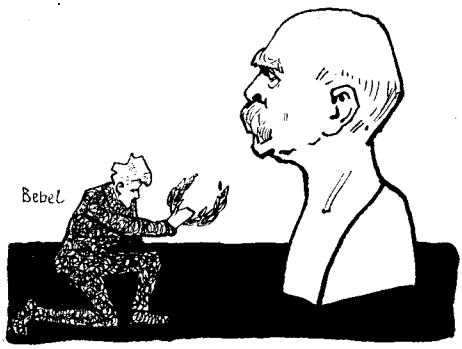
Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat auch gemeint, daß die Sozialdemokratie vorzugsweise, wenn nicht gar lediglich, eine reformatorische Tätigkeit entfalte. Er hat den Vorwurf weit abgewiesen, als ob die Sozialdemokratie destruktiv sei. Das hat mich gewundert, da im Laufe derselben Rede der Herr Abgeordnete Bebel uns in Aussicht gestellt hat, daß er heute nur Dinge sagen wolle, die er beweisen könne.

(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat wohl vergessen, daß er vor wenigen Jahren auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden, wo er frei von der Leber sprach, gesagt hat, er sei ein Todfeind der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung, und er werde nicht eher ruhen und rasten, als bis er diese gesellschaftliche Ordnung zerstört und vernichtet habe.

(Hört! hört! und Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel auch dem Andenken des verewigten Fürsten Bismarck gehuldigt, indem er gesagt hat, Fürst Bismarck habe der Sozialdemo-



kratie immer objektiv gegenübergestanden. Ich konstatiere zunächst, daß diese Anerkennung des Herrn Abgeordneten Bebel für meinen großen Amtsvorgänger etwas spät kommt.

(Große Heiterkeit.)

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel aber weiter mir vorgeworfen hat, ich nehme Partei gegen die Sozialdemokratie, so erwidere ich darauf, daß, solange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpft, welche die Grundlage unserer Verfassung ist, jeder Minister, der seine Schuldigkeit tut, Partei nehmen muß gegen die Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat Fürst Bismarck getan, und das wird jeder seiner Nachfolger tun.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel gemeint, sobald die Rede auf die Sozialdemokratie käme oder sobald ich ihn vor mir sähe, würde ich nervös. Ach du lieber Himmel!

(Große Heiterkeit.)

Ich nehme die sozialdemokratische Gefahr ernst, ich nehme sie sehr ernst, aber nervös macht sie mich gar nicht.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich dann mit der Wahlniederlage beschäftigt, die die Sozialdemokratie erlitten hat. Er hat sich bemüht, diese Niederlage abzuschwächen, er war sichtlich bestrebt, die Niederlage zu beschönigen, die unter seiner Führung die sozialdemo-

kratische Armee erlitten hat. Geschlagene Feldherren pflegen sich ja verschiedenartig zu benehmen. Entweder sie hüllen sich in Schweigen — das ist wohl das Würdigste

(Heiterkeit),

das tat z. B. der tapfere Benedek; oder sie bringen sich selbst um, wie der alte Cato

(große Heiterkeit),

— das läßt sich auch sehen —

(wiederholte große Heiterkeit);

oder aber die Niederlage erhöht noch die Redseligkeit

(stürmische Heiterkeit),

eine gewisse gereizte Redseligkeit. Ich glaube aber, daß in unserem heutigen Falle das keinen großen Eindruck machen wird — außerhalb der Partei

(große Heiterkeit),

und ich möchte beinahe sagen, außerhalb der nächsten persönlichen Anhängerschaft des Herrn Abgeordneten Bebel

(sehr richtig!),

seiner allerintimsten persönlichen Umgebung.

Die Niederlage, welche die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen erlitten hat, und mit der ich mich etwas eingehender beschäftigen will, als der Herr Bebel aus naheliegenden Gründen getan hat, war zu wohlverdient.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie war zunächst wohlverdient, weil sie die Strafe war für vorhergegangene Großsprechereien. In Hamburg hatte Herr

Bebel gesagt: bei diesem Wahlkampf soll der bürgerliche Liberalismus zerrieben werden. Meine Herren, mir scheint, der Liberalismus befindet sich noch ganz wohl.

(Sehr richtig!)

In einer Entrevue mit dem Korrespondenten eines besonders deutschfeindlichen ausländischen Blattes, eines jener deutschfeindlichen Blätter, die bei sich zu Hause die Sozialdemokratie wie die Pest verabscheuen und verfolgen, sie bei uns aber hätscheln und streicheln und sie uns an den Hals wünschen — also in einem Gespräch mit dem

Korrespondenten eines solchen Londoner Blattes, der „Daily Mail", erging sich der Herr Abgeordnete Singer in kühnen Zukunftshoffnungen. Alle offiziellen und offiziösen Organe der Sozialdemokratie, die mir zu Gesicht gekommen sind, vom „Vorwärts" bis zur „Neuen Zeit", sprachen von bevorstehenden großen Erfolgen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall.

(Heiterkeit.)

Die Bravorufe, das Händeklatschen, mit dem Sie mich von den Bänken der äußersten Linken begrüßten, als ich hier die Auflösung des Reichstags ankündigte — Herr Bebel hat ja Wert darauf gelegt, noch kurz vor den Wahlen festzustellen, daß die Sozialdemokratie und nur die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstags mit donnerndem Applaus begrüßt habe, so meinte er ore rotundo —, also dieser donnernde Applaus war verfrüht. Diesmal kam es anders herum.

(Heiterkeit.)

Die Niederlage war aber weiter wohlverdient, weil sie die Strafe war für einen engherzigen, dogmatischen, kleinlichen, philiströsen Geist, der blind gegen alle Andersdenkenden wütete und trotz allem Gerede von Kulturhöhe an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts, eine Unterdrückung ausübte, ein Zwangssystem betätigte, eine Gesinnungsschnüffelei betrieb, ein geistiges Joch vorbereitete, wie es die Welt kaum im Mittelalter gesehen hat.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten; sehr richtig! rechts.)

Soll ich Sie daran erinnern, daß selbst Ihr Gesinnungsgenosse Jaurès sich genötigt sah, über den dogmatisme intolérant, den intoleranten Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie zu seufzen? Soll ich Sie daran erinnern, daß ein Freund und Parteigenosse Sie, den Führer der Sozialdemokratie, als den neuen Oliver Cromwell, den neuen Lordprotektor der Sozialdemokratie apostro-

phierte, daß sozialdemokratische Blätter den Herrn Abgeordneten Bebel mit Julius Cäsar verglichen?

(Große Heiterkeit.)

Julius Cäsar — August Bebel!

(Erneute Heiterkeit.)

Soll ich Sie an das Ketzergericht in Dresden erinnern? Soll ich Sie daran erinnern an die Art und Weise, wie die sechs armen Redakteure des „Vorwärts" an die Luft befördert wurden?

(Heiterkeit.)

L'Etat, c'est moi! sagte Ludwig XIV. zu seinem Parlament — „ich bin die Sozialdemokratie", war für eine gewisse hohe Stelle in der Sozialdemokratie schließlich die Losung geworden. Eine demokratische Partei — und eben noch hat der Herr Abgeordnete Bebel betont, daß die sozialdemokratische Partei vor allem eine demokratische Partei sei —

(sehr wahr! bei den Sozialdemokraten),

also eine demokratische Partei — meine Herren, die Sie „sehr wahr!" rufen — mit autokratischer Spitze und Führung, — das ist eine contradictio in adjecto, das ist ein Nonsens.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch wohlverdient, weil sie die Strafe war für eine politische Kampfesweise und für eine publizistische Methode, wie sie so brutal die gebildete Welt doch noch kaum gesehen hat.

(Sehr richtig!)

Ich habe ja nun in der Kundgebung des sozialdemokratischen Parteivorstandes nach den Wahlen, in der sogenannten Trostepistel an die Genossen

(Heiterkeit),

gelesen, künftig würde der Ton der Sozialdemokratie ein feinerer werden. Na, ich will das abwarten. Die Höflichkeit, die Courtoisie, mit der soeben Herr Bebel, dem gegenüber ich niemals die Form der guten Gesellschaft außer acht gelassen habe, mir grobe Unwissenheit vorgeworfen hat, läßt mich in dieser Beziehung noch einige Zweifel hegen.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls, bisher war es einfach fürchterlich. Ich bin viel herumgekommen, ich habe infolge meines Lebensganges viel im Auslande gelebt, ich entsinne mich aber nicht, irgendwo derartige Rüpeleien erlebt zu haben, wie sie namentlich seit dem Dresdener Parteikongreß die sozialdemokratische Presse in unser früher anständiges und vornehmes, von idealistischem Schwunge getragenes öffentliches Leben einzubürgern suchte.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Und das war eine logische Entwicklung. Aus dem Haß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse schließlich bei dem Sauherdenton anlangen. Nicht nur die Monarchie, die Armee, nein, das Vaterland, die Nation, alles, was der großen Mehrheit unseres Volkes heilig und

teuer ist, wurde mit einer Wut, mit einem Ingrimm verfolgt, mit dem der große Dichter seinen Caliban alles Hohe und Edle angreifen läßt. Und dieser Tonart, das will ich ganz besonders konstatieren, ist die sozialdemokratische Partei auch in diesem Wahlkampfe treu geblieben.

(Sehr richtig! links.)

Wie ein Indianerstamm auf dem Kriegspfad sind sie in diesen Wahlkampf gezogen

(Heiterkeit),

Unglaubliches ist geleistet worden, nicht nur im Herunterziehen nationaler Empfindungen und Gefühle, sondern auch in der Beschimpfung der Gegner.

Auch in anderer Beziehung hat bei diesem Wahlkampf die Sozialdemokratie sich selbst übertroffen. Der Herr Abgeordnete Bebel hat uns eine ganze Reihe von Zeitungsausschnitten vorgelesen, und ich möchte mir erlauben, hier kurz einen Ausschnitt vorzulesen aus einem bürgerlichen demokratischen Blatt. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb unter dem 6. Februar:

Die hiesige Sozialdemokratie
— also die Frankfurter Sozialdemokratie —
hat im Wahlkampf von dem verwerflichen Mittel der Fälschung und Verleumdung ausgiebigen Gebrauch gemacht. Ihren Fälscherkunststücken setzte sie aber am heutigen Stichwahltage mit einem heute nachmittag verteilten Flugblatt die Krone auf, in dem unter der Spitzmarke „Stimmenkauf" mitgeteilt wird: vor dem „Restaurant zum Storch", am Wahllokal des ersten Wahlbezirkes, seien heute Morgen um 10 Uhr einem Tapezierer namens Wilhelm Haescher, wohnhaft Bendergasse 32 (im Adreßbuch nicht auffindbar), von einem freisinnig-demokratischen Wahlhelfer 10 Mark geboten worden, wenn er Oeser wähle. Das gleiche Angebot sei einem Zementarbeiter gemacht worden. Daß das eine freche Lüge ist, braucht nicht erst gesagt zu werden. Aber die Frechheit, mit der das „sozialdemokratische Wahlkomitee" diese Lügen verbreitete, wird ins rechte Licht erst durch die Tatsache gerückt, daß dieses Flugblatt bereits gestern Abend gedruckt und zur Verteilung bereitgelegt war.

(Große Unruhe und Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.)

Wir sind auf Grund zuverlässigster Information in der Lage, jederzeit den Nachweis für die Wahrheit unserer Behauptung zu erbringen.

(Hört! hört! rechts. — Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Widerlegen Sie mich doch später, wenn Sie das Wort haben! Unterbrechen Sie mich nicht ständig! Das ist eine schlechte Angewohnheit. Ich habe Sie auch nicht unterbrochen, Herr Bebel! —

Das verteilte Flugblatt charakterisiert sich darnach als eine Schurkerei der daran beteiligten Personen.

(Sehr richtig! rechts.)

Unterzeichnet ist das Fälschungsprodukt: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee. Im Auftrag: Wilhelm Dittmann."

Die Niederlage der Sozialdemokratie war aber auch, meine Herren, die gerechte Sache für den so rücksichtslos von ihr geführten Klassenkampf, für ihre Gehässigkeit, für ihre Taktik der Verhetzung; sie war wohlverdient wegen der terroristischen Art und Weise, in der die Sozialdemokratie mit Einschüchterung auf Unterdrückung arbeitet, wegen ihrer despotisch-terroristischen Allüren. Und gegenüber dem, was uns soeben der Herr Abgeordnete Bebel von Exzessen Arbeitswilliger gegen Streikende erzählt hat, will ich doch darauf hinweisen, daß die Ausschreitungen, welche von sozialdemokratischer Seite bei und nach den Wahlen so vielfach provoziert worden sind — ich erinnere nur an die tiefbedauerlichen Vorgänge in Bremen und in Anhalt

(Zuruf rechts)

— und in Magdeburg, wird mir noch mit Recht zugerufen —, daß diese Exzesse aus demselben terroristischen Geist hervorgegangen sind. Ich hoffe, meine Herren, daß die Anhänger der bestehenden Ordnung der Dinge — die „Ordnungslümmel", wie sie die sozialdemokratische Presse geschmackvoll nennt

(große Heiterkeit)

— solchen Exzessen fest und mutig die Stirn bieten werden! Ich erwarte, daß die Behörden ihre Schuldigkeit tun und daß die öffentliche Ordnung und die Freiheit der Bürger gegenüber sozialdemokratischen Terrorismus mit Energie schützen werden!

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Liberalen. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie war ferner wohlverdient, weil sie die Strafe war für die vor ihr geführte öde Verneinungs- und Nörgelpolitik. Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich heute bemüht, auf eine Reihe von Fällen hinzuweisen, aus denen das Gegenteil hervorgehen soll. Herr Bebel berief sich aber im wesentlichen doch nur auf Anregungen, die von der Sozialdemokratie ausgegangen waren. Ja, weshalb diese Anregungen? Sie waren darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokratie auch damit die Erregung von Unzufriedenheit betrieb, indem sie Forderungen aufstellte, die in diesem Umfang niemand erfüllen kann

(sehr wahr! rechts),

indem sie Wünsche erweckte, die völlig zu befriedigen niemandem gegeben ist. Wenn aber dann die verbündeten Regierungen aus solchen phantastischen oder perfiden Forderungen und Wünschen einen vernünftigen, gesunden, realisierbaren Kern herausschälten, so hat die Sozialdemokratie fast immer dagegen gestimmt, sich fast regelmäßig dagegen erklärt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Sozialdemokratie war ja von Anfang an mehr auf die Kritik, auf das Negative als auf das Positive angelegt. Sie erinnern sich, wie ich Ihnen einmal in diesem Hause gesagt habe: Kritik 1a, positive Leistungen 5b.

(Heiterkeit.)

Aber dieser kritische Zug hatte sich namentlich bei den Führern der Sozialdemokratie gerade in den letzten Jahren immer mehr heraus-

gebildet und verstärkt. Besonders seit dem Dresdener Parteitage, seit dem Bad in dem Jungbrunnen des Herrn Abgeordneten Bebel

(Heiterkeit),

seit dem damals erfolgten Untertauchen der Revisionisten durch den Herrn Abgeordneten Bebel trat es deutlich zutage. Gewiß, es hat eine Zeit gegeben, da konnten Hoffnungen, ernsthafte Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt werden. Ich selbst bin vielleicht von solchen Hoffnungen nicht ganz frei gewesen.

(Bewegung.)

Aber da kam der Tag von Dresden, da kam der große Kotau der Revisionisten, da klappte der Revisionismus zusammen wie ein Taschenmesser

(Heiterkeit),

da war es aus mit dem Revisionismus. Denn in der Politik ist die Buße nicht ganz so preiswürdig wie in der Moral

(sehr gut),

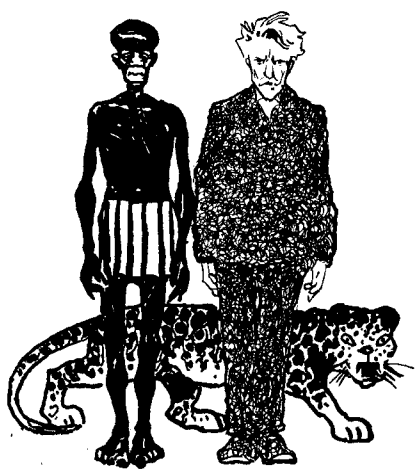
da hat der verlorene Sohn, der sich reumütig dem Vater als Tagelöhner anbietet, etwas beinahe Komisches; da ist es mit der bloßen Unterwürfigkeit nicht getan, mit dem Verleugnen seiner eigentlichen inneren Absichten und Hoffnungen, wenn der gewisse rote Hahn kräht. Herr Kautsky und Herr Mehring haben doch recht behalten, wenn sie von Anfang an sagten, die Prinzipien des Revisionismus besäßen die Festigkeit eines Kartenhauses, die Revisionisten seien halb Eklektiker, halb Skeptiker, mit solchen Leuten komme man von nichts durch nichts zu nichts.

(Heiterkeit.)

Nun wird mir allerdings von Zeit zu Zeit gesagt, der Revisionismus stelle sich nur so, als ob er tot wäre. In einem für die Revisionisten freundlichen Artikel habe ich gelesen, der Revisionismus verfolge eine sehr schlaue Taktik, die in diesem Artikel die Wanzentaktik genannt wird.

(Heiterkeit.)

Wie dieses interessante Tierchen stelle sich der Revisionismus nur so,



als ob er tot wäre; er würde aber plötzlich erwachen und alle Welt durch seine Lebensfähigkeit überraschen. — Meine Herren, ich glaube nicht recht an diese Wanzentaktik.

(Heiterkeit.)

Ich glaube auch nicht, daß der Herr Abgeordnete Bebel, wie das der frühere Abgeordnete Bernstein einem ausländischen Journalisten in Aussicht gestellt hat, sich in einen ehrlichen Revisionisten verwandeln und daß er dem Revisionismus Abbitte leisten wird. Non dimitti pellem suam Aethiops senex, nec pardus quando senescit diversitatem: der Neger bleibt immer Neger, der Panter behält sein buntes Fell, und der Herr Abgeordnete Bebel wird wohl immer der Herr Abgeordnete Bebel bleiben.

(Heiterkeit.)

Der Revisionismus, der stets nachgibt, der immer

tanzt, wie der Radikalismus pfeift, der wird nach meiner Ueberzeugung in absehbarer Zeit keine Rolle mehr spielen. Traurig, bitter traurig aber bleibt es, daß soviel Tüchtigkeit, soviel Kraft, soviel hochstrebender Idealismus, soviel Begabung, wie sie — das will ich auch hier nochmals wiederholen — gerade im deutschen Arbeiter sich verkörpern, dem verbohrten Fanatismus der einen, der Schwäche der anderen hingeopfert werden.

(Sehr gut!)

Ich habe Ihnen, meine Herren von der Sozialdemokratie, vor Jahren zugerufen: betreten Sie den Boden der Legalität, betreten Sie den Boden der Vernunft, hören Sie auf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind! und — so schloß ich — manche Gegensätze können sich mildern. Sie haben meine Aufforderung mit Gelächter aufgenommen, Sie haben sie nicht befolgt. Die deutsche Sozialdemokratie hat zum Schaden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Streiks in mutwilliger Weise hervorgerufen, sie hat mit der Idee des Massenstreiks, mit der Idee der Revolution ein

frivoles, ein ruchloses Spiel getrieben, sie ist immer fanatischer, immer terroristischer, immer kulturwidriger geworden.

(Lebhafte Zustimmung rechts und links. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Solange sie sich in dieser Beziehung nicht wandelt, ist kein Paktieren, ist keine Verständigung mit ihr möglich.

Und, meine Herren, die Niederlage der Sozialdemokratie war auch wohlverdient aus einem Grunde, den einer der guten Köpfe der Sozialdemokratie, Herr Schippel

(aha! bei den Sozialdemokraten),

in einem Artikel hervorgehoben hat, der mir vor einigen Tagen vorgelegt worden ist. In diesem Artikel des Herrn Schippel wird die Wahlniederlage der Sozialdemokratie zurückgeführt auf die Unwahrhaftigkeit in der Agitation der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie habe erklärt, der Zolltarif wird niemals zustande kommen! — er ist zustande gekommen. Sie haben erklärt, auf der Basis dieses Zolltarifs ließen sich keine Handelsverträge abschließen: — wir haben sie abgeschlossen. Sie haben erklärt, diese Handelsverträge würden die Industrie schädigen, unseren Wohlstand lähmen: — unser Wohlstand steigt, unsere Industrie blüht. Nun meint Herr Schippel — wohl nicht mit Unrecht —, daß ein solches Geflunker, wie er sich ausdrückt, viele Wähler satt bekommen hätten.

Die Niederlage der Sozialdemokratie war endlich wohlverdient wegen der unpatriotischen Haltung, in die sich die deutsche Sozialdemokratie leider, leider mehr und mehr verrannt hat. Nur die deutsche Sozialdemokratie stellt internationale Ideale über die nationalen, nur den deutschen Sozialdemokraten fehlt bedauerlicherweise noch immer jeder Sinn für nationale Bedürfnisse und Forderungen. Die Sozialdemokraten aller anderen Länder stehen mit verschwindenden Ausnahmen in großen nationalen Fragen zu ihrem Volke. Wann hat je ein namhafter ausländischer Sozialdemokrat erklärt, daß der Sozialdemokrat das Vaterland nur dann verteidigen könne, wenn das Parteiprinzip das zulasse? Glauben Sie, daß Jaurès, daß Millerand, daß Turani je so etwas sagen würden? Nie und nimmermehr! Und das war doch der Sinn mancher Ausführungen, die wir hier von dem Abgeordneten Bebel in früheren Jahren gehört haben. Das nenne ich eben unpatriotisch und vaterlandslos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt, wenn man dem Vaterlande ein Sedan, ein Jena wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert.

Erst vor wenigen Tagen ist mir ein Artikel des „Vorwärts" vorgelegt worden, in dem insinuiert war, daß wir nur deshalb Südwestafrika festhielten, um von dort aus den englischen Besitz in Südwestafrika zu bedrohen. Diese Insinuation des „Vorwärts" ist nicht nur eine niederträchtige Verleumdung

(große Unruhe bei den Sozialdemokraten),

sondern sie ist auch ein heller Unsinn. Niemals haben solche Absichten bestanden, niemals werden sie bestehen. Daß uns aber derartige Absichten untergelegt werden, daß man dadurch gegen uns im Auslande

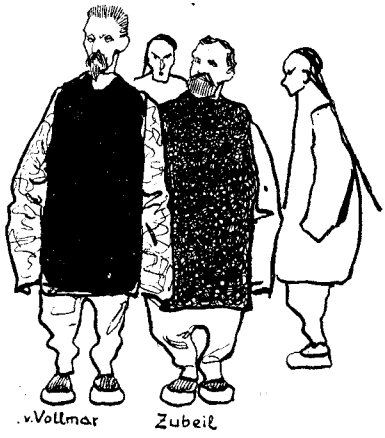
Mißtrauen zu erwecken und uns dadurch das Ausland auf den Hals zu hetzen sucht, das nenne ich verwerflich.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Auf solche Manöver, auf solche Quertreibereien ist es auch zurückzuführen, daß im Auslande hier und da der Sieg der nationalen Parole bei den Wahlen als eine Bedrohung des Friedens aufgefaßt worden ist, während doch in Wirklichkeit dadurch die berechtigten Hoffnungen auf die Erhaltung des Friedens und die guten Beziehungen zu allen anderen Mächten gekräftigt und befestigt werden.

(Lebhafte Zustimmung.)

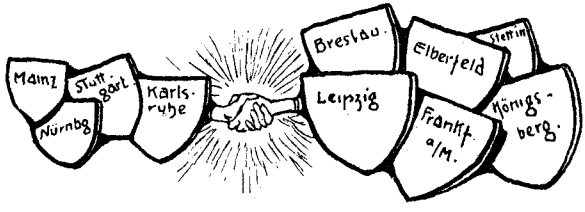
Meine Herren, die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich in zwei Momenten. Ich sehe sie zunächst mit dem Herrn Abgeordneten Bassermann darin, daß klar zutage getreten ist,



daß die sozialdemokratische Bewegung nicht, wie das gewisse Bonzen der sozialdemokratischen Lehre behaupteten, mit Naturnotwendigkeit steigen, daß sie, was man auch dagegen unternehmen möge, mit elementarer Gewalt alles überschwemmen müsse. Nein, nein, und dreimal nein!

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich auf sich selbst besinnt, wenn sie ihre Reihen schließt, wenn sie die zum Schutze ihrer Freiheit und ihrer Kultur nötigen Schutzdämme und -deiche aufführt, so stehen die trüben Gewässer der Sozialdemokratie, so weichen sie, so gehen sie zurück. Nicht nur in den ländlichen Distrikten, sondern auch in den Großstädten. Ich hoffe, daß bei den nächsten Wahlen Karlsruhe



und Stuttgart, Mainz und Nürnberg erreichen werden, was bei diesen Wahlen Leipzig, Frankfurt a. M., Breslau, Elberfeld, Königsberg, Stettin, so viele andere schöne, ehrwürdige Städte, dank dem Bürgersinn, dank der Tapferkeit und der Einigkeit ihrer Bürger erreicht haben.

(Bravo! rechts.)

Ich hoffe, daß Lübeck und Hamburg dem ruhmvollen Beispiel von Bremen folgen werden

(bravo!),

und wenn es überall helle wird, dann wird ja hoffentlich Berlin nicht allein im Dunkel bleiben wollen.

(Große Heiterkeit und lebhaftes Bravo.)

Die Bedeutung dieser Niederlage der Sozialdemokratie sehe ich weiter darin, daß dieser Sieg erfochten worden ist durch die eigene Kraft des Bürgertums, mit dem Stimmzettel in der Hand, unter der Herrschaft des freiesten Wahlrechts, das überhaupt denkbar ist. Denn, meine Herren, die Heilung durch die eigene Kraft des Organismus und von innen heraus ist, solange sie möglich ist, und wenn sie möglich ist, immer besser als operative Eingriffe

(sehr richtig!),

als zu viel Herumdoktern und zu viel Medizin.

(Sehr richtig!)

— Gewiß, meine Herren, nichts könnte falscher sein, als wenn wir uns der Illusion hingeben wollten, als wäre die sozialdemokratische Gefahr dauernd und ganz überwunden.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das wäre eine verhängnisvolle Illusion.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Diese Gefahr ist nur suspendiert, sie ist nur gebannt, solange das Bürgertum einig, solange es auf dem Posten bleibt. Wir dürfen es nicht machen wie die alten Deutschen, die, wenn sie gesiegt hatten,

nachher auf dem Bärenfell und vor dem Methorn alles vergaßen; dann kamen die Feinde, überfielen sie und besiegten sie schließlich doch. Wir müssen wach bleiben, und ich hoffe vor allem, daß die bürgerlichen Parteien weiter ausbilden und ausbauen werden die Organisation für den Wahlkampf, die sie sich endlich geschaffen haben. Und was ich noch ganz besonders betonen will, das ist, daß dieser Kampf nicht dem deutschen Arbeiter galt, sondern er galt der politischen und revolutionären Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das werden die Regierungen, das werden die bürgerlichen Parteien, das wird dies hohe Haus dem deutschen Arbeiter beweisen durch die Fortführung jener Sozialpolitik, in der Deutschland bis heute noch allen andern Ländern voraus ist.

Meine Herren, die deutsche Sozialdemokratie teilt die ganze moderne Gesellschaft ein in zwei große Lager: das Lager der Bourgeoisie und das Lager des Proletariats, zwischen denen eine unüberbrückbare Kluft bestehen, zwischen denen ein unversöhnlicher Klassenkampf unvermeidlich sein soll. Ich behaupte zunächst, daß die Annahme, als ob die Gegensätze zwischen reich und arm, zwischen gebildet und ungebildet sich immer mehr verschärfen, irrig ist

(sehr richtig! rechts);

ich behaupte, daß die Doktrin von der Unüberbrückbarkeit dieser Gegensätze, von der Unversöhnlichkeit von Arbeit und Kapital, von der Unvermeidlichkeit eines unversöhnlichen Klassenkampfes, — daß diese Doktrin durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge widerlegt wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Die mittlere Schicht, die sich zwischen diesen beiden Polen gebildet hat und sie in geistiger wie in materieller Beziehung einander nähert, ist in der Zunahme begriffen.

(Sehr richtig! rechts und links.)

Und jedenfalls hoffe ich, daß die verbündeten Regierungen, daß die bürgerlichen Parteien, daß alle diejenigen, die eine friedliche und — ich füge hinzu — eine freiheitliche Entwicklung unserer inneren Verhältnisse wünschen, nicht erlahmen werden in dem Bestreben, diese Kluft zu mildern und, soweit dies in menschlicher Macht liegt, zu überbrücken. Ich hoffe, daß weder die verbündeten Regierungen noch die bürgerlichen Parteien sich durch die Sozialdemokratie irre machen lassen werden in dem Bestreben, durch gewissenhafte Erfüllung ihrer sozialen Pflichten die vorhandenen Gegensätze auszugleichen. Ich glaube, daß im letzten Ende die wahren Interessen

der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer solidarisch sind.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, daß, wenn auch erst nach langen und schweren Kämpfen,

der Tag kommen wird — ja, er wird kommen! —, wo Kopf und Hand einträchtiger zusammenwirken werden als heute, wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Ge-

nesene zurückblickt auf eine böse Krankheit, wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum.
(Stürmischer Beifall rechts und links.)

Verlag: Vertrieb patriotischer Zeitschriften Berlin SW. — Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Stahl. — Druck: National-Zeitung G. m. b. H. Berlin.